

In der Kriegs-Falle

Die Politik schwört die Bundeswehr auf Einsätze in der ganzen Welt ein. Eine Warnung

Von Joachim Garstecki

Der Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere wählt seine Worte mit Bedacht, wenn er Politik erläutert. Umso irritierender war die Nachricht über seine Äußerungen vom 1. Juli im Hörfunk des MDR. Dort hatte der Minister erklärt, Auslandseinsätze der Bundeswehr seien grundsätzlich überall möglich; es gebe keine Region, in der Deutschland nichts zu suchen habe. Als Führungsmacht in Europa müsse Deutschland internationale Verantwortung wahrnehmen können - Beispiel: »Menschenrechte in aller Welt«.

Neu an dieser Äußerung ist die ungeschminkte »Normalität«, mit der sie daherkommt. De Maiziere rückt die Bundeswehr wie selbstverständlich in die Rolle eines Generalbevollmächtigten für die Wahrnehmung internationaler Verantwortung Deutschlands. Auslandseinsätze sind nicht mehr Ergebnis einer präzise zu begründenden Entscheidung im Einzelfall, sondern beliebig einsetzbares Instrument deutscher Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Es geht stets um die Wahrung deutscher Interessen, wo auch immer.

Diese Position folgt der Logik der *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom Mai 2011 und wird im Rahmen der laufenden Bundeswehrreform umgesetzt. Danach kommt der Bundeswehr die Aufgabe zu, nationale sicherheitspolitische Ziele im Rahmen der *Nato* zu verfolgen.

Sie soll verkleinert und für Auslandseinsätze schlagkräftiger gemacht werden. Inhaltliche, an Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtete Vorgaben für militärisches Eingreifen werden nicht erwähnt. War bisher die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes Ausgangspunkt und bindender Handlungshorizont deutscher Politik, sollen es jetzt sicherheitspolitische Risiken und Bedrohungen sein, vor denen Deutschland sich schützen muss. Ein Ausbilder der Bundeswehr brachte die Lage so auf den Punkt: »Krieg ist wieder Mittel der Politik.«

De Maiziere redet Klartext. Seine Äußerungen signalisieren einen Paradigmenwechsel: den Abschied Deutschlands vom Leitbild einer zivilen Friedensmacht und den Einstieg in eine militärgestützte Machtpolitik je nach Interessenlage. Die unbedingten Optionen für die Gewaltfreiheit, für Gerechtigkeit zugunsten der Armen und für die Integrität der Schöpfung - ethische Maßstäbe für nachhaltige friedensfördernde Politik - bleiben auf der Strecke.

Auch Bundespräsident Joachim Gauck hat sich kürzlich zur Rolle und Aufgabe der Bundeswehr geäußert. Als er am 12. Juni vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg seine Antrittsrede hielt, fielen starke Worte wie: »Stütze unserer Freiheit«, »Armee des Volkes«, »Mutbürger in Uniform«, »Friedensmotor«. Gauck will die Truppe aus ihrer weitgehenden öffentlichen Nichtbeachtung »in die Mitte der Gesellschaft« rücken. Soldatsein in der Bundeswehr ist für ihn nicht irgendein Job, sondern Inbegriff staatsbürgerlicher Verantwortung. In einer ansonsten gedankenlos »glückssüchtigen Gesellschaft«, die ihre »Ohne uns«-Haltung pflegt, machten uns die Soldatinnen und Soldaten vor, was »Einsatz« und »Bereitschaft zur Hingabe« heißt. Diese Hingabe gelte »auch über die Grenzen unseres Landes hinaus«, bei Einsätzen »auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten«.

Auch Gauck lässt keinen Zweifel daran: Auslandseinsätze sind Bundeswehralltag und der wahre Bewährungsfall für die Soldatinnen und Soldaten der Zukunft. Sie »werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden«. Es gibt, so Gauck, »wieder Kriegsversehrte« und »deutsche Gefallene« -das Wort »Kriegseinsätze« vermeidet er geflissentlich, ebenso die Erwähnung ziviler Kriegstoter. Souverän geht er über strittige Fragen nach Grundgesetz-Konformität, völkerrechtlicher Legitimation und friedensethischer Verantwortbarkeit hinweg, wischt sie mit dem Hinweis auf den Parlamentsvorbehalt beiseite.

Krieg wieder Mittel der Politik. Es gibt reichlich blinde Flecken auf dem Sittengemälde Bundeswehr, vor dem der Präsident Soldaten und deutsche Öffentlichkeit aufs Kriegsführen ein schwört. Er nimmt keinen Bezug auf das Friedensgebot des Grundgesetzes. Er folgt einem

einseitigen militärischen Verständnis von Sicherheit, Er stellt sich taub gegenüber der zivilisatorischen Einsicht, dass sich Konflikte nicht militärisch lösen lassen. Er ignoriert Politikan-sätze, die den Sicherheitsbegriff am »Schutz vor rechtloser physischer Gewalt ausrichten«, wie es der Friedensforscher Lothar Brock formuliert. Nur solche Ansätze bieten eine Handhabe, zwischen Risiken, Gefährdungen und wirklichen Bedrohungen zu unterscheiden. Er benutzt das ökumenische Leitbild »gerechter Frieden«, ohne es eindeutig vom Konzept des »gerechten Krieges« abzugrenzen. Gaucks Rede ist ein friedenspolitisches Armutszeugnis. Ihr fehlt jeglicher friedenspolitische Rahmen. Vor allem darum muss ihm entschieden widersprochen werden.

Die vorrangige Verpflichtung der Deutschen, für Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Menschenwürde mit zivilen und politischen Mitteln zu sorgen, erwähnt der Bundespräsident mit keinem Wort. Brauchen die »Mutbürger in Uniform« davon nichts zu wissen, weil sie eh nur fürs Grobe zuständig sind? Die friedliche Beilegung gewaltträchtiger Krisen und Konflikte durch eine klug vorausschauende Politik ziviler Krisenprävention ist und bleibt der politische „Ernstfall Frieden“ – Gustav Heinemann lässt grüßen! Das hätte Gauck dagegen müssen. Er hätte etwas von der Beunruhigung vermitteln müssen, die einen Friedenspolitiker befällt, wenn er entdeckt, dass die Politik dabei ist, in die Falle militärischer »Lösungen« zu laufen.

Dabei gibt es ja gute Ansätze einer Kultur der Gewaltprävention. In vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeiten Mutbürger ohne Uniform mit Hingabe daran, die Mittel gewaltfreier Konfliktlösungen stark zu machen. Es gibt das Wort der *katholischen Bischöfe* von 2000 und die Denkschrift der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) von 2007 zum »Gerechten Frieden«, die unisono eine zivile Friedenspolitik anmahnen und die Grenzen bewaffneter Einsätze einschärfen. Seit 2000 fördert die Bundesregierung den Ausbau eines *Zivilen Friedensdienstes* (ZFD), der Prävention und Nachsorge in Konfliktregionen gewaltfrei unterstützt. Von zwei Millionen Euro im Jahr 2000 stieg die staatliche Förderung für den ZFD auf 30 Millionen im Jahr 2010. In diesen zehn Jahren bewilligte der Bundestag 5,6 Milliarden Euro allein für den Bundeswehrein-satz in Afghanistan, für den ZFD 192 Millionen Euro - ein skandalöses Missverhältnis.

Alle Erfahrungen einer rein aufs Militärische ausgerichteten Strategie und Praxis von Auslandseinsätzen bestätigen eine alte Wahrheit: Waffen können keinen Frieden schaffen. Soldaten können mit ihren Mitteln günstigstenfalls dafür sorgen, verfeindete Parteien zu trennen, Waffenstillstände zu sichern, Feindseligkeiten durch Präsenz zu unterdrücken. Nachhaltiger Frieden, der diesen Namen verdient und die Wurzeln von Feindschaft offenlegt, kann nicht mit Waffen gewonnen werden. Er entsteht allein aus der freien Zustimmung der Betroffenen. Dafür brauchen sie die Assistenz von Fachleuten, die etwas von 'ziviler Konfliktbearbeitung verstehen, und keine Soldaten.

Es fehlen realistische Ziele. Gewaltpräventions-Projekte arbeiten basisnäher, sind langfristig preiswerter, zuverlässiger und effektiver als Militäreinsätze. Es sind oft die Soldaten selbst, die die Untauglichkeit militärischer Mittel, Frieden zu schaffen, aus eigener Erfahrung bestätigen. Die hoch gesteckten Ziele des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr - stabile Staatlichkeit, Stärkung der Menschenrechte, Verbesserung der Sicherheitslage, Armutsbekämpfung, Aufbau ziviler Strukturen haben sich im Verlauf der Mission als weitgehend unerreichbar herausgestellt. Es fehlten angepasste, realistische Zielvorgaben durch die Politik; wo nachjustiert wurde, erwiesen sich die verfügbaren Mittel als unzureichend oder nicht angemessen.

Nach zehn Jahren Krieg verteidigt die Bundeswehr in Afghanistan überwiegen nur noch sich selbst. Der Bundespräsident hat versäumt, seine Begeisterung für »Mutbürger in Uniform« durch einen nüchternen Blick auf die mageren Ergebnisse bisheriger Auslandseinsätze zu dämpfen. Er hätte sonst auch darüber sprechen müssen, dass und wie eine andere, zivile Friedenspolitik möglich ist. Er ist uns also noch etwas schuldig - den Soldatinnen und Soldaten ebenso wie seinen glückssüchtigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Joachim Garstecki, Theologe und Friedensethiker, war Studienreferent für Friedensfragen des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR, Pax-Christi-Generalsekretär der deutschen Sektion und bis 2007 Studienleiter der Stiftung Adam von Trott in Imshausen. Erlebt in Magdeburg.